

RR[Geben Sie Text ein]



RUNDBRIEF 1/2023

SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054

Sudan/Südsudan

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Sudan

Krieg im Sudan – Aktuelle Lage.....	3
Chronik Januar – Juli 2023.....	4
Humanitäre Situation im Sudan.....	7
Neuer Sudan-Bericht: Vorsätzliche und wahllose Angriffe auf Zivilpersonen- Kriegsverbrechen beider Konfliktparteien.....	8
Weitere Informationen.....	10
Amnesty Jahresbericht 22/23	10

Südsudan

Urgent Action Südsudan.....	10
Die Konflikte finden nicht nur zwischen Gemeinschaften statt.....	12
UN-Menschenrechtsrat erneuert Mandat der Menschenrechtskommission..	13
Verlängerung des UN-Waffenembargos ist eine gute Nachricht für die Opfer des jahrzehntelangen Konflikts.....	14
Beendigung der Petition zu konfliktbedingter sexueller Gewalt.....	15
Ratifizierung des Maputo-Protokolls.....	15
Open Letter zur Änderung des Nationalen Sicherheitsdienstes.....	15
Amnesty-Jahresbericht 22/23.....	15

Bild: Rauch über einem Stadtteil im Süden Khartoums, Juni 2023, Foto:AFP/Getty Images

SUDAN

KRIEG IM SUDAN – AKTUELLE LAGE

Seit vier Monaten tobt ein blutiger Krieg im Sudan. Der brutale Machtkampf zwischen den beiden rivalisierenden Generälen BURHAN und HEMETI konzentriert sich hauptsächlich auf die Hauptstadt Khartoum und Dafur, aber auch in Meroe und Al Obeid und anderen Landesteilen flackern die Kämpfe immer wieder auf.

Da alle Versuche der USA und Saudi Arabiens, der Afrikanischen Union sowie der Nachbarländer, einen tragfähigen Waffenstillstand zu verhandeln, gescheitert sind, ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen.

Mehrere tausend Zivilisten sind bislang umgekommen, Zehntausende sind verletzt und bekommen keine ausreichende medizinische Versorgung, da nur noch wenige Krankenhäuser überhaupt funktionsfähig sind und es trotz vieler Hilfslieferungen oft keine Medikamente gibt. Darüber hinaus wurden Konvois mit Hilfslieferungen angegriffen und ausgeraubt.

Fast eine Millionen Menschen sind aus dem Sudan geflohen; dazu kommen Millionen von Binnenflüchtlingen, die zur Zeit in einigen Landesteilen zusätzlich unter den Begleiterscheinungen der beginnenden Regenzeit zu leiden haben.

Es wird vor dem Ausbruch von Seuchen gewarnt, da es viele verwesende Leichen gibt, besonders auch in der Hauptstadt Khartoum.

Die Infrastruktur ist durch die Kämpfe schwer beschädigt; dadurch ist die Wasser- und Stromversorgung vielerorts zusammengebrochen oder immer wieder unterbrochen, bei Temperaturen immer noch in den hohen dreißiger Graden.

Die Kampfhandlungen werden von beiden Seiten ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung durchgeführt. Dabei hat die Armee (SAF) die Lufthoheit und bombardiert die Stellungen der Milizen (RSF), die sich oft in der Nähe von Wohngebieten befinden. Die RSF antwortet mit Abwehrraketen. Dies alles hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Fotos und Videos aus Khartoum dokumentieren den Grad der furchtbaren Zerstörungen.

Menschenrechtsverletzungen sind in großem Umfang zu beklagen: Willkürliche Verhaftungen, Erschießungen, Vergewaltigungen, Verschleppungen, Geiselnahmen, Gezielte Ermordungen von

Rechtsanwälten, Journalisten und Mitgliedern der Nachbarschaftskomitees (RC), Vertreibungen aus Häusern und Wohnungen, Plünderungen, Niederbrennen und Zerstörungen ganzer Dörfer (Darfur), Zivilisten werden als menschliche Schutzschilde genommen,

Aktivisten versuchen, diese Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren

Viele nicht-militärische Einrichtungen wurden gezielt zerstört: Ministerien, Universitäten und Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Einkaufszentren und Märkte, Historische Gebäude

Alle Schulen bleiben geschlossen, einige Universitäten versuchen, online zu unterrichten, was sich durch den häufigen Zusammenbruch des Internets als sehr schwierig gestaltet.

Die SAF versucht, Freiwillige zu mobilisieren und im Schnelldurchgang auszubilden, es sollen sich inzwischen mehrere Tausend gemeldet haben. Natürlich gibt es sehr viel Propaganda auf beiden Seiten. Große Hilfe erhält die notleidende Bevölkerung durch die Mitglieder der Nachbarschaftskomitees, die oft unter Lebensgefahr versuchen, ihren Mitmenschen irgendwie zu helfen.

Gehälter von Regierungsangestellten wurden monatelang nicht bezahlt, kaum eine Fabrik arbeitet noch, Tausende von kleinen Händlern stehen vor dem Nichts.

So nimmt es nicht Wunder, dass es Nachrichten aus Khartoum über Menschen gibt, die verhungert sind.

Eine breite Front von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen hat in einer gemeinsamen Erklärung ihr Ziel bekräftigt, den Krieg zu beenden und den Sudan in eine demokratische Zukunft zu führen.

Chronik Januar – Juli 2023

Januar

Zu Beginn des Jahres wird eine große Truppe bestehend aus Kräften der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF, Schnelle Einsatztruppe), der Armee und anderen sudanesischen Schutzkräften an der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik eingesetzt. Die Truppe wird in Abstimmung mit den Behörden der Zentralafrikanischen Republik die Identität und das Reiseziel von Grenzgängern überprüfen. Einen Tag zuvor, am Dienstag, hatte der Vizepräsident des Souveränitätsrates und Befehlshaber der RSF, Mohamed 'Hemeti' Dagalo, der Süd-Darfur besuchte, die Schließung der Grenze angekündigt, nachdem eine Truppe in RSF-Uniformen in die Zentralafrikanische Republik eingedrungen war, um angeblich die Regierung in Bangui zu stürzen.

Die Maßnahmen sollen zur Stabilität und Sicherheit in der Region beitragen. Allerdings wurde bereits im Dezember von Spannungen in dem Ort Um Dafoug in Süd-Darfur berichtet, nachdem dort RSF-Kräfte eintrafen um „negative Vorkommnisse zu bekämpfen“. Dabei sollen auch zwei Menschen erschossen und einer verwundet worden sein.

Die Region ist für seine Goldvorkommen bekannt und die Darfur Bar Association (DBA) berichtete im Juni letzten Jahres, dass russische Söldner speziell für Angriffe auf handwerkliche Goldschürfer in der Gegend verantwortlich gemacht wurden.

[Sudan deploys extra forces on border with Central African Republic - Dabanga Radio TV Online \(dabangasudan.org\)](#)

Februar

Am **9.Februar** besucht Russlands Außenminister Sergey Lavrov Sudan im Rahmen einer Afrika-Tour. Al Jazeera berichtet, der regierende sudanesische Militärrat habe bereits erwogen, Russland die Einrichtung eines Marinestützpunktes an der Küste des Roten Meeres zu gestatten - einer strategischen Region, in der auch die Golfstaaten und die Türkei um Einfluss ringen. Ob dies auf der Agenda Lavrovs bei seinem Besuch stand, ist aber nicht klar.

[Russia's Lavrov visits Sudan on diplomatic push in Africa's Sahel | News | Al Jazeera](#)

Am **19.Februar** unterzeichnen die Parteien des Juba-Friedensabkommens vom 3. Oktober 2020 – die sudanesische vom Militär geführte Übergangsregierung und mehrere oppositionelle Gruppen – eine neue Zwei-Jahres – Umsetzungsmatrix für das Abkommen. Zuvor organisierte der Südsudan einen Workshop um den Umsetzungsprozess zu evaluieren und Empfehlungen zu geben. In der Matrix geht es hauptsächlich um Sicherheitsvereinbarungen, Wohlstand und Machtteilung.

Der südsudanesische Präsident Salva Kiir sagte: „Ziel dieses Workshops ist es, ein Umfeld zu schaffen, das es allen Parteien und Interessengruppen ermöglicht, die Umsetzung des Friedensabkommens von Juba zu bewerten. Insbesondere geht es um die Herausforderungen, die in den letzten zwei Jahren aufgetreten sind (...)“. Auch General Abdel Fattah al-Burhan, Leiter des Souveränitätsrates, bekannte sich zum Friedenspakt. Bisher wurden allerdings noch keine Abkommen mit der SPLM-N (Sudanese People Liberation Movement-North) in den Nubabergen und der SLM (Sudan Liberation Movement/Army) in dem Gebiet Jebel Marra in Darfur geschlossen.

[Sudan, armed groups sign new implementation agreement for Juba peace agreement - Sudan Tribune](#)
[Juba Peace Agreement: Sudan signs new implementation matrix - Dabanga Radio TV Online \(dabangasudan.org\)](#)

März

Am **3.März** veröffentlicht Amnesty International einen öffentlichen Brief, der sich als interaktiver Dialog an den Oberkommissar und Sachverständigen der UN für Menschenrechte im Sudan wendet. Deren Berichterstattung sei von unschätzbarem Wert. Aber die Gewalt gegen und rechtswidrige Festnahmen von Protestierenden gehen weiter. Es wird Bezug auf das politische Rahmenabkommen vom Dezember 2022 sowie den seit 20 Jahren bestehenden Konflikt in Darfur genommen. Der Brief enthält die Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Gewalt und Festnahmen; nach einem Übergangsprozess, der Gerechtigkeit und Wiedergutmachungsmaßnahmen sicherstellt und nach einer Übergabe der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchten Personen an denselbigen.

Sudan: Interactive Dialogue with the High Commissioner and the designated Expert on human rights - Amnesty International

28.März: Die europäische Kommission stellt 331 Millionen Euro für humanitäre Hilfe am Horn von Afrika bereit, davon 73 Millionen für Sudan. In erster Linie gehe es um Ernährungsunsicherheit, aber auch Katastrophenvorsorge, Bedürfnisse Vertriebener, Schutz der Zivilbevölkerung und Bildungsmaßnahmen seien u.a. ein Anliegen. Sudan und Südsudan gehören lt. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, zu den Ländern, in denen die Lage besonders katastrophal sei.

[Horn von Afrika: EU stellt 331 Millionen Euro für humanitäre Hilfe bereit \(europa.eu\)](#)

April

Anfang April verschieben die Unterzeichner der Rahmenvereinbarungen vom 5. Dezember letzten Jahres - die herrschende Militärjunta und mehr als 40 politischen Parteien und Gruppen - die Unterzeichnung des endgültigen Abkommens, welches den Weg für eine zivil geführte demokratische Regierung ebnet würde. Dabei geht es um Differenzen zwischen dem Kommandant der SAF (Sudan Armed Forces) und Vorsitzenden des Souveränitätsrates Lt Gen Abdelfattah El Burhan und dem Kommandant der paramilitärischen Miliz RSF (Rapid Support Forces) und stellvertretendem Vorsitz des Souveränitätsrats Mohamed 'Hemeti' Dagalo über die Reform des Sicherheitssektors. Im Rahmen des Integrationsprozesses sollen die beiden Streitkräfte zu einer einheitlichen Armee werden, die Teil einer umfassenderen Reform des Militärs und der Sicherheitskräfte des Landes sein soll. Viele Sudanesen stehen den Zusagen der Militärs, sich aus der Politik zurückzuziehen, skeptisch gegenüber. Die meisten Widerstandskomitees im Lande lehnen eine Einigung mit dem Militär kategorisch ab.

[Signing of Sudan's Final Agreement postponed over SAF-RSF differences - Dabanga Radio TV Online \(dabangasudan.org\)](#) [Political leader fears new military coup in Sudan - Sudan Tribune](#)

Aktueller Konflikt

Am Morgen des **15. April** bricht schließlich in Khartoum ein bewaffneter Konflikt zwischen den RSF und den SAF aus. Der Regionaldirektor für Ost- und das südliche Afrika bei Amnesty International Tigere Chagutah: „Der Einsatz schwerer Waffen, darunter Artillerie, Panzer und Düsenflugzeuge, in dicht besiedelten Gebieten in Khartoum hat zahlreiche zivile Todesopfer und massive Zerstörung von Eigentum verursacht. Die Zivilbevölkerung steht mitten in diesem Konflikt und leidet. Die Konfliktparteien müssen sofort aufhören, explosive Waffen mit großflächiger Wirkung in der Nähe von Ansammlungen von Zivilisten einzusetzen.(...) Beide Parteien müssen ihre wahllosen Angriffe sofort einstellen.“ Amnesty International fordert von den verantwortlichen Parteien sofortigen, uneingeschränkten und dauerhaften Zugang für humanitäre Hilfe. Die Kämpfe zwischen RSF und SAF halten an. Die Zahl der Opfer steigt und auch Krankenhäuser werden beschossen. Das sudanesisches Ärztekomitee forderte auf, diese Angriffe einzustellen. Aber auch in anderen Teilen des Landes gingen die Kämpfe weiter - etwa in der Stadt Merowe, die über einen wichtigen Flughafen verfügt sowie in der Stadt Njala

in Darfur. Die G7-Außenminister forderten bei einem Treffen die Gewalt einzustellen und die Sicherheit der Zivilisten, sowie des diplomatischen und humanitären Personals zu gewährleisten.

[Sudan: Konfliktparteien müssen Schutz der Zivilbevölkerung sicherstellen, da die Zahl der Todesopfer steigt – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](#)

Am **5. Mai** stellten das Vereinigte Königreich, Norwegen, Deutschland und die USA gemeinsam einen Antrag zu einer Sondersitzung zum Sudan, die schließlich am **11. Mai** durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen abgehalten wird.

Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika: „Amnesty International begrüßt die Sondersitzung zum Sudan und fordert den Rat auf, diese Menschenrechtskrise in einer Weise anzugehen, die den aktuellen und dringenden Bedürfnissen der Menschen im Sudan gerecht wird. Wir wiederholen unsere Forderung, die wir gemeinsam mit mehr als 90 anderen Organisationen erhoben haben, dass die Mitglieder des Rates einen Untersuchungsmechanismus einrichten, um schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die während dieses Konflikts stattgefunden haben und weiterhin stattfinden, zu überwachen, Beweise zu sammeln und zu sichern und darüber zu berichten.(...) Angesichts des Ausmaßes und der Schwere der Krise ist die Schaffung eines solchen Mechanismus erforderlich, um in dieser entscheidenden Phase mehr und gezieltere

Ressourcen für diese Aufgaben bereitzustellen. Er würde die bestehenden UN-Mechanismen wie UNITAMS, das UN-Menschenrechtsbüro und den designierten Experten des Menschenrechtsrats ergänzen. Wir fordern alle Mitglieder des Rates, einschließlich des Sudan, auf, einen solchen Mechanismus zu unterstützen, um alle möglichen Schritte zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte der von dieser Krise direkt betroffenen Menschen zu unternehmen. (...)“

Sudan: UN-Menschenrechtsrat sollte auf seiner Sondersitzung zum Sudan einen Untersuchungsmeschanismus einrichten – Regionalverbund Zentral-Ostafrika (amnesty-zentral-ostafrika.de)

Am **19.Juni** richtet sich Amnesty International an den UN-Menschenrechtsrat: Dieser habe die Pflicht schnell und entschlossen zum Schutz der Menschenrechte zu reagieren. Es gebe bereits über 1.6 Millionen Binnenvertriebene und über 528.000 Geflüchtete. Aus Darfur gibt es immer wieder Meldungen von RSF-Attacken und anderen Milizen auf Zivilisten, die ethnisch motiviert sind. Amnesty International wiederholt auch die Forderung nach der Einrichtung eines internationalen und unabhängigen Ermittlungs- und Rechenschaftsmechanismus, welcher schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts im Sudan überwacht, sammelt und sichert.

Sudan: Verstärkter interaktiver Dialog über den Bericht des Menschenrechtskommissars zum Sudan – Regionalverbund Zentral-Ostafrika (amnesty-zentral-ostafrika.de)

Am **6. Juli** veröffentlicht Amnesty International eine Pressemitteilung zur Sicherstellung sicherer Fluchtwege: Laut UNHCR haben bereits über 500.000 Menschen den Sudan verlassen um Schutz vor den Kämpfen in der Heimat zu suchen. Amnesty International interviewte 29 von ihnen um einen Eindruck der Situation vor Ort zu bekommen. Es wurde von Straßensperren und Kontrollpunkten berichtet, an denen Schikanierungen drohen. Eine interviewte Person berichtete, dass sie über zwei Stunden ausgefragt wurden sei und ob sie der Armee beitreten wolle. Die Kosten für die teils sehr langen Fahrten seien erheblich gestiegen.

Einem jungen Mann, der seit April in Port Sudan festsitzt, wurde die Ausreise verweigert, weil er keinen Reisepass hatte. Dieser befand sich aber bei Ausbruch des Konflikts bereits in der Botschaft in Khartoum, weil er sich für ein Schengen-Visa beworben hatte.

Ägypten hat bereits die meisten Flüchtenden aufgenommen. Aber auch dort gibt es seit dem 10. Juni zunehmend Einreisebeschränkungen. So gibt es Berichte, dass Personen syrischer oder eritreischer Nationalität die Einreise verweigert wurde, weil die Dokumente abgelaufen waren.

„Amnesty International fordert die Nachbarländer des Sudan auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und ihre Grenzen für diejenigen zu öffnen, die vor diesem eskalierenden Konflikt fliehen“, sagt Franziska Ulm-Düsterhöft, Afrika-Referentin bei Amnesty International in Deutschland. „Aufgrund der anhaltenden desaströsen Situation im Sudan fordert Amnesty International die Bundesregierung auf, einen formellen Abschiebungsstopp in den Sudan zu erlassen und von jeglicher Überstellung sudanesischer Staatsangehöriger in ein Drittland, in dem die Gefahr besteht, in den Sudan zurückgeführt zu werden, abzusehen“.

Sudan: Nachbarländer müssen sichere Fluchtwege gewährleisten – Regionalverbund Zentral-Ostafrika (amnesty-zentral-ostafrika.de)

Sudan: Neighbouring countries must provide safe passage to those fleeing conflict - Amnesty International

Humanitäre Situation im Sudan:

Laut den Informationen, die Amnesty International bei seinen Recherchen und Interviews einholen konnte, sind die hygienischen Einrichtungen an den Grenzübergängen durch den hohen Andrang überlastet. Aamira

(Name geändert), 30 Jahre alt: „Meine Familie saß in Argeen an der Grenze zu Ägypten für 3 Tage fest ohne dass ihr Anliegen bearbeitet wurde. Es gab keine medizinische Versorgung und kein Wasser auf den Toiletten.“

Tigere Chagutah, Regionaldirektorin fürs östliche und südliche Afrika bei Amnesty International: „Alle Länder müssen die Beschränkungen aufheben, die die rasche, sichere und menschenwürdige Einreise aller aus dem Sudan fliehenden Personen behindern, ohne sie zu diskriminieren, und sicherstellen, dass alle Asylbewerber uneingeschränkten Zugang zu fairen und wirksamen Asylverfahren und humanitärer Hilfe haben.“

Das African Centre for Justice and Peace studies (ACJPS) hat den Zustand des Gesundheitssektors verschiedener Regionen in Darfur seit dem Ausbruch des Konflikts dokumentiert. Mindestens 9 Krankenhäuser wurden komplett geschlossen, medizinische Einrichtungen wurden geplündert und medizinisches Equipment zerstört, es gibt Lieferschwierigkeiten. Das Alsad Alali-Krankenhaus in Süd-Darfur sei aktuell von der RSF besetzt. Es fehle an medizinischem Personal. Dieses verlasse wie andere Menschen die Region. Auch kam es gegenüber medizinischen Personal zu mitunter tödlichen Übergriffen. Am 28. Juni wurde Dr. Abdul Rahman Abdeen aus Alemtidad in West Darfur von einer Gruppe Bewaffneter entführt. Ein Krankenwagen, der Verletzte transportierte, wurde in Nord-Darfur zerstört. Und Krankenhäuser werden auch zum direkten Ziel: Das Zalingi-Krankenhaus in Zentral-Darfur wurde aus der Luft bombardiert.

Ende Juli sind über 20 Mio. Menschen, d.h. die Hälfte der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen.

[Sudan: Nachbarländer müssen sichere Fluchtwege gewährleisten – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](https://www.amnesty-zentral-ostafrika.de)

[Sudan: Neighbouring countries must provide safe passage to those fleeing conflict - Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/07/sudan-neighbouring-countries-must-provide-safe-passage-to-those-fleeing-conflict/)
[Sudan: Severe violence against and obstruction of health care as the armed conflict between SAF and RSF intensifies in Darfur region – African Centre for Justice and Peace Studies \(acjps.org\)](https://www.acjps.org/en/news/2023/07/sudan-severe-violence-against-and-obstruction-of-health-care-as-the-armed-conflict-between-saf-and-rsf-intensifies-in-darfur-region/)

Sudan: Vorsätzliche und wahllose Angriffe auf Zivilpersonen-Kriegsverbrechen beider Konfliktparteien – Neuer Amnesty-Bericht

Im Sudan tobt der Konflikt zwischen den paramilitärischen Einheiten der *Rapid Support Forces* (RSF) und der sudanesischen Armee. Der neue [Amnesty-Bericht](#) mit dem Titel *'Death Came To Our Home': War Crimes and Civilian Suffering In Sudan* dokumentiert, wie vorsätzliche und wahllose Angriffe der Konfliktparteien massenhaft zivile Opfer fordern. Auch sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen, gezielte Angriffe auf zivile Objekte wie z. B. Krankenhäuser und Kirchen sowie großflächige Plünderungen werden aufgezeigt. Manche der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen sind als Kriegsverbrechen zu betrachten. Der Amnesty-Bericht konzentriert sich vornehmlich auf Khartum und West-Darfur.

„Überall im Sudan erlebt die Zivilbevölkerung tagtäglich unvorstellbare Gräueltaten, weil die *Rapid Support Forces* und die sudanesisch Armee rücksichtslos um territoriale Kontrolle kämpfen“, so Julia Duchrow, stellvertretende Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. „Menschen werden in ihrem Zuhause oder bei der verzweifelten Suche nach Nahrung, Wasser oder Medikamenten getötet. Sie geraten ins Kreuzfeuer, während sie zu fliehen versuchen, oder werden bei gezielten Angriffen beschossen. Beide Konfliktparteien vergewaltigten und verübten andere Formen sexualisierter Gewalt gegen zahlreiche Frauen und Mädchen. Die Menschen sind nirgendwo sicher. In der Region Darfur, wo die RSF und verbündete Milizen für Tod und Verwüstung sorgen, werden Erinnerungen an die Gewalt und Zerstörung der vergangenen Jahrzehnte wach, bei dem teils dieselben Akteure Gewalttaten verübten. Die RSF und die

sudanesische Armee sowie ihre jeweils verbündeten Gruppen müssen aufhören, die Zivilbevölkerung anzugreifen, und sie müssen sichere Fluchtwege für alle Schutzsuchenden bereitstellen.“

Zivilist*innen geraten regelmäßig ins Kreuzfeuer, da beide Seiten Angriffe auf dichtbesiedelte zivile Wohngebiete vornehmen, häufig mit Einsatz von Explosivwaffen mit flächendeckender Wirkung. Zahlreiche Zivilpersonen berichteten Amnesty International, dass sie an Orten, an denen sie Schutz gesucht hatten, verletzt und ihre Verwandten getötet wurden. So wurden am 6. Juni in West-Darfur bei wiederholten Angriffen mit bodengestützten Projektilen dutzende Zivilpersonen getötet oder verletzt, die in und nahe den Frauenschlafsälen der Universität von Al-Dschunaina Schutz gesucht hatten.

Zivilpersonen werden auch vorsätzlich angegriffen, verletzt oder getötet. Meist geben Überlebende und andere Zeug*innen an, dass Angehörige der paramilitärischen RSF für diese gezielten Angriffe verantwortlich waren. Am 13. Mai verschafften sich RSF-Mitglieder Zutritt zu dem koptisch-orthodoxen Kirchenkomplex *Mar Girgis* im Stadtteil Bahri in Khartum. Mehrere Augenzeug*innen gaben an, dass die Angreifer fünf Geistliche erschossen und Geld sowie ein goldenes Kreuz stahlen. Am 14. Mai wurden in einer medizinischen Rettungsstation (*Markaz Inqadh al-Tibbi*) in Al-Dschunaina 14 Personen getötet, darunter Dr. Adam Zakaria Is'haq, ein 38-jähriger Arzt und Menschenrechtsverteidiger. Zwei Kolleg*innen des getöteten Arztes berichteten Amnesty International, dass die 14 Personen von bewaffneten arabischen Milizionären erschossen worden seien.

Teilweise richtet sich die Gewalt gegen bestimmte ethnische Gruppen. Aufgrund der zunehmenden Spannungen in West-Darfur sind viele Angehörige der ethnischen Gemeinschaft der Masalit in den Osten des Tschad geflohen. Menschen, die aus Al-Dschunaina geflohen waren, berichteten Amnesty International, dass die Stadt von schwerbewaffneten arabischen Milizen mit Unterstützung durch RSF-Mitglieder angegriffen worden sei. Am 28. Mai wurden in der Ortschaft Misterei südwestlich von Al-Dschunaina Dutzende Zivilpersonen getötet, als es zu Kämpfen zwischen der RSF und verbündeten Milizen auf der einen und bewaffneten Masalit-Gruppen auf der anderen Seite kam. Von Anwohner*innen erfuhr Amnesty International, dass sie 58 Zivilpersonen begraben mussten, die allein an diesem Tag getötet wurden. Eine Familie hatte den Verlust von fünf Brüdern zu beklagen, die bei sich zuhause erschossen wurden. Angehörige der Konfliktparteien verübten Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt gegen zahlreiche Frauen und Mädchen, von denen manche erst zwölf Jahre alt waren. In einigen Fällen wurden Frauen und Mädchen tagelang unter Bedingungen festgehalten, die sexueller Sklaverei gleichkommen. In den meisten von Amnesty International dokumentierten Fällen gaben die Überlebenden an, die Verantwortlichen seien Angehörige der RSF oder verbündeter arabischer Milizen gewesen. Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und andere Formen sexualisierter Gewalt, die im Rahmen eines bewaffneten Konflikts begangen werden, gelten als Kriegsverbrechen.

Im ganzen Land sind zahlreiche medizinische und humanitäre Einrichtungen beschädigt oder zerstört worden, wodurch die Zivilbevölkerung keinen Zugang zu Nahrungsmitteln bzw. Medikamenten mehr hat. Die meisten dokumentierten Fälle von Plünderung gingen von RSF-Mitgliedern aus. Vorsätzliche Angriffe auf Angehörige oder Objekte humanitärer Organisationen sowie auf Gesundheitseinrichtungen gelten ebenfalls als Kriegsverbrechen.

Julia Duchrow, stellvertretende Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland fordert: „Die internationale Gemeinschaft sollte dem Sudan erheblich mehr humanitäre Unterstützung zukommen lassen. Die Nachbarstaaten müssen ihre Grenzen für schutzsuchende Zivilpersonen öffnen. Auch muss der UN-Sicherheitsrat das bestehende Waffenembargo auf den gesamten Sudan ausweiten und seine Durchsetzung sicherstellen. Länder, die in der Position sind, wirksam Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, müssen ihren Einfluss geltend machen, um die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Der UN-Menschenrechtsrat sollte einen unabhängigen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus für den Sudan einrichten, um Nachweise für Menschenrechtsverstöße zu sammeln und aufzubewahren.“

Hier geht es zur original englischen PM und zum Bericht:

[Sudan: War crimes rampant as civilians killed in both deliberate and indiscriminate attacks – new report – Amnesty International](#)

[Sudan: “Death came to our home”: War crimes and civilian suffering in Sudan – Amnesty International](#)

Weitere Informationen:

Unter [Sudan: Kein Ende des Leids für die Zivilbevölkerung – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](#) erläutert Amnesty International Hintergründe des aktuellen Konflikts. Auch 20 Jahre nach Beginn des Darfur-Konflikts sind die dafür Verantwortlichen noch nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Personen, die verdächtigt werden Kriegsverbrechen begangen zu haben befinden sich bis heute in führenden Positionen. Amnesty International appelliert fortwährend an die Regierung im Sudan mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren.

Eine Pressemitteilung von Pro-Asyl kritisiert das Verhalten Deutschlands bezüglich humanitärer Korridore im Sudan zu Fluchtmöglichkeiten und Umgang mit Asylbescheiden innerhalb Deutschlands: [Sudan: PRO ASYL fordert sofortigen Abschiebestopp und den Stopp von ablehnenden Asylentscheidungen | PRO ASYL](#)

Einen interessanter Artikel in der Los Angeles Times kritisiert das Verhalten der USA in diesem Konflikt, aber auch das der internationalen Gemeinschaft: [Opinion: How to help Americans fleeing Sudan's violence - Los Angeles Times \(latimes.com\)](#)

Amnesty-Jahresbericht 22/23 zu Sudan: [Sudan 2022 | Amnesty International Report 2022/23 | 28.03.2022](#)

SÜDSUDAN

Urgent Action Südsudan

Behörden müssen Schicksal und Verbleib eines inhaftierten Kritikers klären

In Reaktion auf die gestrige Petition der Pan-Afrikanischen Juristen-Union (“Pan-African Lawyers Union”, PALU) an den Ostafrikanischen Gerichtshof (“East African Court of Justice”, EACJ) zur Klärung des Schicksals und des Verbleibs von Morris Mabior Awikjok Bak, einem Kritiker der südsudanesischen Regierung, der Berichten zufolge willkürlich in Kenia verhaftet oder unrechtmäßig entführt, gewaltsam überstellt und angeblich diesen Monat im Südsudan inhaftiert wurde, sagte Flavia Mwangovya, stellvertretende Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika: “Wir begrüßen die Bemühungen der PALU, über den EACJ das Schicksal und den Verbleib von Morris Mabior Awikjok Bak zu klären, einem Südsudanese, der 2021 versucht hatte, in Kenia Zuflucht zu suchen. Wir fordern die südsudanesischen Behörden auf, ohne weitere Verzögerung das Schicksal und den Verbleib von Morris Mabior Awikjok Bak zu klären.

“Was Morris Mabior Awikjok Bak widerfahren ist, passt in ein breiteres Muster von Entführungen und illegalen Überführungen südsudanesischer Flüchtlinge aus den Nachbarländern durch den südsudanesischen Nationalen Sicherheitsdienst (“National Security Service”, NSS). Dieser Fall weckt Erinnerungen an das gewaltsame Verschwinden des südsudanesischen Menschenrechtsanwalts und Aktivisten Dong Samuel Luak in Kenia und an die mutmaßliche außergerichtliche Tötung von Aggrey Ezbon Idri, einem Mitglied der politischen Opposition, im Südsudan.

“Die südsudanesischen Behörden müssen nicht nur das Schicksal und den Verbleib von Morris Mabior Awikjok Bak klären, sondern auch dafür sorgen, dass er regelmäßigen Zugang zu seiner Familie, einem Anwalt und einem Arzt hat, und ihn unverzüglich freilassen, sofern er nicht wegen einer international anerkannten Straftat angeklagt ist.”

Hintergrund:

Am 4. Februar wurde Morris Mabior Awikjok Bak, ein Kritiker der südsudanesischen Regierung und Generaldirektor des Büros für innere Sicherheit des NSS, Berichten zufolge willkürlich festgenommen oder unrechtmäßig entführt, vermutlich von bewaffneten kenianischen Sicherheitskräften und einem südsudanesischen Mann sowie einer kenianischen Frau in Zivilkleidung in Nairobi (Kenia), wo er sich aufhält. Es wird vermutet, dass er gewaltsam nach Juba, der Hauptstadt des Südsudan, zurückgebracht wurde und dort in einer Haftanstalt des Nationalen Sicherheitsdienstes in Isolationshaft gehalten wird. Der NSS betreibt ein Spionagenetz, das sich über ganz Ostafrika erstreckt, wo viele Südsudanesen Zuflucht gefunden haben. Seit Januar 2017 wurden mindestens vier südsudanesische Männer, von denen drei Flüchtlinge waren und unter kenianischem Schutz standen, illegal aufgegriffen und nach Südsudan zurückgebracht, wo sie in der als “Blaues Haus” bekannten Hafteinrichtung des NSS über längere Zeit festgehalten wurden. Zwei von ihnen wurden angeblich außergerichtlich getötet.

Am 3. Juli 2019 verklagten Hoffnung für Menschlichkeit Afrika („Hope for Humanity Africa“) und PALU die Regierung des Südsudan und die Republik Kenia vor dem EACJ wegen der Entführung, des Verschwindenlassens, der illegalen und/oder außerordentlichen Überstellung, der willkürlichen Inhaftierung, der Folter und der möglichen anschließenden Ermordung von Dong Samuel Luak und Aggrey Ezbon Idri. Der Fall ist immer noch vor dem EACJ anhängig.

Seit der Verabschiedung des NSS-Gesetzes im Jahr 2014 hat der NSS unkontrollierte Befugnisse erlangt und ist zu einem der Hauptverantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und zum mächtigsten Sicherheitsakteur im Südsudan geworden. Über das verfassungsmäßige Mandat des NSS hinaus, das seine Befugnisse auf “Informationsbeschaffung, Analyse und Beratung der zuständigen Behörden” beschränkt, verleiht das NSS-Gesetz von 2014 der Sicherheitsbehörde polizeiähnliche Befugnisse zur Festnahme, Inhaftierung, Durchführung von Durchsuchungen und Beschlagnahme von Eigentum ohne angemessene Garantien. Am 21. Februar berichteten mehrere südsudanesische Medien, dass sich Präsident Salva Kiir Mayardit und der Erste Vizepräsident Riek Machar darauf geeinigt haben, die Abschnitte 54 und 55 des Gesetzes zu streichen, die dem NSS verfassungswidrige Befugnisse zur Verhaftung ohne und mit Haftbefehl einräumen, und damit zu vereinbaren, die Befugnisse des NSS zu beschneiden, was, wenn es in Kraft tritt, ein Schritt wäre, um das NSS-Gesetz von 2014 mit der Verfassung in Einklang zu bringen.

Amnesty International, die UN-Sachverständigengruppe, die UN-Menschenrechtskommission und andere Menschenrechtsorganisationen haben zahlreiche willkürliche Verhaftungen durch den Nationalen Sicherheitsdienst (NSS) in mehreren Einrichtungen dokumentiert, in denen die Gefangenen oft gefoltert und anderweitig misshandelt werden – einige werden ohne Kontakt zu einem Anwalt oder zu Familienangehörigen festgehalten.

Hier der Link mit der Original Meldung: [South Sudan: Authorities must clarify fate and whereabouts of detained critic. – Amnesty International](#)

Die Konflikte finden nicht nur zwischen Gemeinschaften statt

Nächste Woche wird der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) darüber entscheiden, ob das Mandat der Menschenrechtskommission für den Südsudan (CHRSS) erneuert werden soll. Die CHRSS ist derzeit der einzige glaubwürdige Mechanismus, der Beweise für Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtliche Verbrechen im Südsudan sammelt und sichert, um die Rechenschaftspflicht sicherzustellen. Nächsten Monat wird der UN-Sicherheitsrat erneut zusammentreten, um über die Umsetzung des Waffenembargos zu beraten, das er 2018 über das Gebiet des Südsudan verhängt hat und das am 31. Mai 2023 ausläuft. Während der Menschenrechtsrat und die Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats ihre Positionen vorbereiten, müssen sie sorgfältig über die Art der gewaltsamen Konflikte im Südsudan nachdenken, die weiterhin verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung haben. Gewaltsame Konflikte im Südsudan sind fast immer mit Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch sowie Verbrechen nach dem Völkerrecht verbunden. Sie sind eine der Hauptursachen für die katastrophale humanitäre Lage in dem Land.

Die südsudanesische Regierung behauptet, dass das hohe Maß an Gewalt, das weiterhin das Leben der Zivilbevölkerung zerstört, ausschließlich auf "interkommunale Gewalt" oder auf Gewalt zwischen Oppositionsgruppen zurückzuführen ist, was darauf hindeutet, dass es keinerlei Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt, der 2013 ausbrach, oder mit den zu seiner Beendigung ausgehandelten Friedensabkommen gibt. Sie suggeriert auch, dass die Regierung bei einem Großteil dieser Gewalt und der damit verbundenen Rechtsverletzungen keine Rolle spielt. Dieses Narrativ ignoriert, dass die Konflikte im Südsudan durch ethnopolitische Auseinandersetzungen und den Wettbewerb zwischen den Eliten um den Zugang zu Macht und finanziellen Ressourcen verursacht werden und von einer Mentalität angetrieben werden, bei der nur derjenige gewinnt, der alles gewinnt. Bei dieser Darstellung wird bequemerweise übersehen, dass die Regierung lokale bewaffnete Akteure als Stellvertreter einsetzt, um ihre Kämpfe zu führen und auch die Opposition zu schwächen, und die Mitschuld der Regierung an der tief verwurzelten Straflosigkeit, die diese Zyklen der Gewalt anheizt, bleibt unbeachtet. Die Fakten vor Ort widerlegen die Behauptungen der südsudanesischen Regierung. Die erneute Gewalt in den Bundesstaaten Unity, Upper Nile und Teilen von Jonglei im Jahr 2022 macht dies deutlich.

Der jüngste Zyklus der Gewalt, der 2022 im südlichen Unity State ausbrach, führte zu einer weiteren Runde schrecklicher Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und wurde laut CHRSS "von der Heftigkeit des nationalen politischen Wettbewerbs angetrieben und durch Straflosigkeit für frühere Verstöße begünstigt". Einer der Politiker, dem die Hauptverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen im südlichen Unity State im Jahr 2022 zugeschrieben wird, ist die gleiche Person, die auch in die von Amnesty International dokumentierten Menschenrechtsverletzungen in denselben Gebieten im Jahr 2018 verwickelt war.

Die Konflikte im Südsudan werden durch ethnisch-politische Auseinandersetzungen und den Wettbewerb zwischen den Eliten um den Zugang zu Macht und finanziellen Ressourcen verursacht.

Die jüngsten Gewalttaten im Bundesstaat Upper Nile und in Teilen von Jonglei, bei denen es zu Angriffen auf die Zivilbevölkerung kam, die von der CHRSS dokumentiert und Anfang dieses Monats auf der laufenden Sitzung des Menschenrechtsrates vorgestellt wurden, wurden durch den Zusammenbruch der als Kitgwang-Gruppe bekannten abtrünnigen SPLA-IO-Fraktion ausgelöst, der auf Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Generälen über die Integration ihrer Streitkräfte in die Armee gemäß Kapitel 2 des Friedensabkommens zurückzuführen ist. Die Regierungsakteure, die die verfeindeten Eliten gegeneinander ausspielten, um die Opposition zu schwächen, waren schnell dabei, einen der Generäle zu marginalisieren. Bewaffnete ethnische Milizen und kommunale Verteidigungskräfte, die mit den Generälen und der Regierung verbündet waren, gerieten aneinander und griffen die Zivilbevölkerung an, indem sie unter anderem Zivilisten beschossen, die sich in den Vertreibungsgebieten versammelt hatten, und sexuelle Gewalt ausübten. Dies

führte zu einer weiteren Runde der konfliktbedingten Gewalt, die die Zivilbevölkerung in Obernil seit Jahrzehnten erdulden muss, und verschärfte die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage weiter. Die Armee gewährte dem General, der sich auf ihre Seite gestellt hatte, freies Geleit, selbst als seine Truppen zu Angriffen auf die Zivilbevölkerung übergingen. Seit Beginn des Konflikts im Jahr 2013 ist niemand für Verbrechen nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen worden. Letzte Woche warnte ein Analyst vor einem erneuten bewaffneten Konflikt in diesem Gebiet.

Ein Großteil der Gewalt, die den Südsudan derzeit plagt, ist eindeutig keine "interkommunale Gewalt" oder ausschließlich zwischen Oppositionsgruppen. Die südsudanesische Regierung gefährdet die Bevölkerung weiter, indem sie dieses Narrativ aufrechterhält und die Täter nicht zur Rechenschaft zieht. Indem sie die derzeitige Gewalt als "interkommunale" Gewalt oder als Kämpfe zwischen Oppositionsgruppen bezeichnet, führt die Regierung Institutionen wie die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen in die Irre und erhöht ihre Chancen, sich weiterhin den Konsequenzen für ihr Handeln zu entziehen.

Hier geht es zum Original-Text: [South Sudan's conflicts are not just between communities. – Amnesty International](#)

UN-Menschenrechtsrat erneuert Mandat der Menschenrechtskommission

Nach der Entscheidung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, das Mandat der Menschenrechtskommission im Südsudan (CHRSS) zu verlängern, sagte Tigere Chagutah, amtierende Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika:

"Die Entscheidung des Rates, den CHRSS zu verlängern, ist ein wichtiges Signal des Menschenrechtsrates, dass Rechenschaftspflicht der Schlüssel ist, da der Südsudan in die erweiterte Phase des 2018 wiederbelebten Friedensabkommens eintritt. Die weit verbreitete Straflosigkeit im Südsudan setzt den Kreislauf der Gewalt fort. In diesem Zusammenhang spielt das CHRSS eine unschätzbare Rolle beim Sammeln und Bewahren von Beweisen für Verbrechen nach internationalem Recht, die für künftige Strafverfolgungen genutzt werden können.

"Im Südsudan leben die Menschen noch immer inmitten eines bewaffneten Konflikts und sind regelmäßig Angriffen, unrechtmäßigen Tötungen, Vertreibungen und Vergewaltigungen ausgesetzt. Viele Menschen leiden auch unter dem eingeschränkten Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln und medizinischer Grundversorgung, was zum Teil auf die große Unsicherheit zurückzuführen ist. Die Menschenrechtsprobleme, die die Einrichtung des CHRSS im Jahr 2016 erforderlich gemacht haben, bestehen weiterhin, und die Regierung hat zu wenig getan, um die Aufhebung der Überprüfung durch den Rat zu rechtfertigen. Wir bedauern zutiefst die Bemühungen einiger Staaten, darunter auch die Regierung des Südsudan, die Erneuerung dieses wichtigen Mechanismus zu blockieren. Die Regierung hat zu wenig getan, um die Aufhebung der Prüfung durch den Rat zu rechtfertigen.

"Der Südsudan muss dringend seine Menschenrechtssituation verbessern, indem er die Urheber von Kriegsverbrechen und anderen Verstößen gegen das humanitäre Recht zur Rechenschaft zieht. Das Land sollte auch uneingeschränkt mit dem CHRSS zusammenarbeiten, wenn dieser seine wichtige Arbeit fortsetzt."

Hintergrund

Im März 2016 richtete der UN-Menschenrechtsrat die CHRSS ein und beauftragte sie, "Beweise für mutmaßliche schwere Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und damit zusammenhängende Verbrechen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und ethnischer Gewalt, zu sammeln und aufzubewahren und die Verantwortung dafür zu klären, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und für Rechenschaft zu sorgen, und diese Informationen auch allen Mechanismen der Übergangsjustiz zur Verfügung zu stellen."

Darüber hinaus hat die Kommission die wichtige Aufgabe, der Regierung des Südsudan technische Hilfe zu leisten, um ein ganzheitliches Programm zur Übergangsgerechtigkeit zu schaffen, das in den Friedensabkommen von 2015 und 2018 verankert ist.

Seit 2016 war die Resolution zur Erneuerung der Kommission im Konsens angenommen worden, doch im März 2021 lehnte der Südsudan eine Erneuerung des Mechanismus ab.

Dieses Jahr wurde die Resolution mit 19 Ja-Stimmen, 09 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen angenommen. Hier geht es zur Original-Nachricht: [South Sudan: UN Human Rights Council renews mandate of Commission on Human Rights in South Sudan – Amnesty International](#)

Verlängerung des UN-Waffenembargos ist eine gute Nachricht für die Opfer des jahrzehntelangen Konflikts

Nach der Entscheidung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das Waffenembargo gegen den Südsudan um ein Jahr zu verlängern, sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika:

“Die Verlängerung des UN-Waffenembargos gegen den Südsudan ist eine willkommene Nachricht für Millionen von Zivilisten, die unter Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Personen zu leiden haben, einschließlich schrecklicher Fälle von Vergewaltigung und anderer sexueller Gewalt. Das Waffenembargo ist von entscheidender Bedeutung, um den Zustrom von Waffen in den Südsudan einzudämmen, wo sie seit fast einem Jahrzehnt ungestraft für Verbrechen eingesetzt werden und diese erleichtern.

“Das Votum des UN-Sicherheitsrats sendet eine klare Botschaft an die südsudanesischen Regierung, dass sie dringend handeln muss, um den gemeinsamen Aktionsplan zur Bekämpfung konfliktbedingter sexueller Gewalt und andere vom Sicherheitsrat in der Resolution 2577 vom Mai 2021 festgelegte Ziele umzusetzen.

“Obwohl diese Abstimmung ein positiver Schritt ist, bedauern wir, dass der Südsudan nun “nicht-tödliche” Ausrüstungsgegenstände einführen darf, ohne den Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates zu informieren und eine Ausnahme zu beantragen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Sicherheitskräfte weiterhin weniger tödliche Waffen missbrauchen, um friedliche Proteste gewaltsam zu unterdrücken und schreckliche Verletzungen und Todesfälle zu verursachen.”

“Wir fordern den Sicherheitsrat außerdem dringend auf, dafür zu sorgen, dass wirksame Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenflusses in den Südsudan getroffen werden. Staaten, Unternehmen oder Einzelpersonen, die gegen das Waffenembargo verstoßen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.”

Die UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan, das UN-Expertengremium sowie die jüngsten Berichte des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat haben alle über die Zunahme konfliktbedingter sexueller Gewalt und mangelnde Fortschritte bei der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans berichtet, einem der wichtigsten Eckpunkte für die Aufhebung des Waffenembargos. In einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2022 wurde auch aufgezeigt, wie Waffen von Regierungssoldaten, mit der Opposition verbündeten Gruppen und anderen nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen bei konfliktbedingter sexueller Gewalt im Südsudan eingesetzt werden.

HINTERGRUND

Der Sicherheitsrat verhängte mit der Resolution 2428 (2018) ein Waffenembargo gegen den Südsudan und hat es seitdem mehrmals verlängert, zuletzt mit der Resolution 2633 (2022). Mit der Resolution 2577 (2021) brachte der Sicherheitsrat seine Bereitschaft zum Ausdruck, die Waffenembargomaßnahmen zu überprüfen, nachdem der Generalsekretär die Fortschritte in Bezug auf fünf Zielvorgaben bewertet hatte. Diese beziehen sich auf den Abschluss des Prozesses zur Überprüfung der Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie, der im wiederbelebten Abkommen über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan (R-ARCSS) enthalten ist, auf die Bildung der notwendigen vereinigten Streitkräfte, auf Fortschritte bei der Einführung und Umsetzung des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und

Wiedereingliederung, auf Fortschritte bei der ordnungsgemäßen Verwaltung der vorhandenen Waffen- und Munitionsbestände und auf die Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans für die Streitkräfte zur Bekämpfung der konfliktbedingten sexuellen Gewalt.

Die Vereinten Nationen haben berichtet, dass diese Zielvorgaben entweder gar nicht oder nur in begrenztem Umfang umgesetzt wurden.

Hier geht es zur original englischen Fassung :[South Sudan: Extension of UN arms embargo welcome news for victims of decade long conflict – Amnesty International](#)

Petition zu Konfliktbedingter sexueller Gewalt beendet:

Ende Januar haben wir unsere Petition mit ca. 400 Unterschriften beendet und an Präsident Salva Kiir verschickt. Wir haben unter anderem die Ratifizierung des Maputo-Protokolls gefordert, welches dann tatsächlich im Juni vom Südsudan ratifiziert wurde.

Anfang Juni hat der Südsudan die **Ratifizierung des Protokolls der Afrikanischen Union zur Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker über die Rechte der Frauen in Afrika (Maputo-Protokoll)** abgeschlossen und damit eine jahrelange Verzögerung beendet. Auch wenn diese Ratifizierung ein Bekenntnis zur Gleichstellung der Geschlechter darstellt, müssen die südsudanesischen Behörden wirksame Maßnahmen und Strategien ergreifen, um sicherzustellen, dass das Protokoll im Leben der Menschen etwas bewirkt.

[South Sudan Ratifies Crucial African Women's Rights Treaty | Human Rights Watch](#)

Das südsudanesische Parlament sollte das anhängige Gesetz zur Änderung des Nationalen Sicherheitsdienstes überarbeiten, um den willkürlichen Verhaftungen und anderen missbräuchlichen Praktiken der Behörde ein Ende zu setzen, so Amnesty International und Human Rights Watch heute. Die Organisationen veröffentlichten ein gemeinsames Schreiben an das Parlament, in dem sie die problematischen, aber auch einige positive Bestimmungen des Gesetzes aufzeigten.

[South Sudan: Revise National Security Service Bill | Human Rights Watch](#)

Hier geht es zum Amnesty-Jahresbericht Südsudan 2022/23:

[Jahresbericht Südsudan 22 deutsch.docx](#)